

*Betreff:***Haushalt 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021***Organisationseinheit:*Dezernat V
50 Fachbereich Soziales und Gesundheit*Datum:*

30.11.2017

Beratungsfolge

Ausschuss für Soziales und Gesundheit (Vorberatung)

Sitzungstermin

05.12.2017

Status

Ö

Beschluss:

1. Über die Anträge der Fraktionen des Rates und der Stadtbezirksräte (Anlagen 1.0 bis 1.2) und über die Ansatzveränderungen der Verwaltung (Anlagen 2.1 und 2.2) wird abgestimmt wie in den Anlagen vermerkt. Die Anlagen samt Einzelabstimmungsergebnissen sind Bestandteile des Beschlusses.

2. Dem Entwurf des Haushaltsplans 2018 einschließlich der unentgeltlichen Zuwendungen im Zuständigkeitsbereich des Fachbereiches Soziales und Gesundheit (Anlage 3) und dem Entwurf des Investitionsprogramms 2017 - 2021 wird unter Berücksichtigung der Einzelabstimmungsergebnisse zu den Anträgen der Fraktionen des Rates und der Stadtbezirksräte (Anlagen 1.0 bis 1.2) und den Ansatzveränderungen der Verwaltung (Anlagen 2.1 und 2.2) zugestimmt.

Sachverhalt:

In den Anlagen 1 (1.0-1.2) sind die den Zuständigkeitsbereich des Fachbereiches Soziales und Gesundheit betreffenden Anfragen/Anregungen und finanzunwirksamen Anträge (1.0), die Anträge zum Ergebnishaushalt 2018 (1.1), zum Finanzhaushalt und Investitionsprogramm 2017-2021 (1.2) der Fraktionen des Rates und der Stadtbezirksräte aufgelistet. Die Anlagen 2.1 und 2.2 beinhalten die Ansatzveränderungen der Verwaltung. Die Anlage 3 beinhaltet die unentgeltlichen Zuwendungen im Zuständigkeitsbereich des Fachbereiches Soziales und Gesundheit.

Hinweise:

Die Anträge der Fraktionen/Stadtbezirksräte haben Änderungen der Produkterträge und -aufwendungen zur Folge. Aus technischen Gründen sind die Auswirkungen erst nach der Beschlussfassung durch den Rat darstellbar. Die endgültigen Produkt-Planbeträge können daher erst im Enddruck des Haushaltsplanes 2018 abgebildet werden. Zum Jahresabschluss 2016 (für das Haushaltsjahr 2017) sind für den Fachbereich Soziales und Gesundheit Haushaltsreste von 249.801,26 € gebildet worden. Bis Ende 2021 ist geplant, diese Haushaltsreste bis auf einen Stand von 182.393,26 € abzubauen. Der von der Verwaltung vorgelegte Haushaltsplanentwurf 2018, der den Haushaltsresteabbau bis Ende 2021 mit insgesamt 21,6 Mio. € beziffert, beinhaltet dies Planung.

Dr. Hanke

Anlage/n:Anlage 1.0-1.2
Anlage 2.1-2.2
Anlage 3

Anlage 1.0.1

Anfragen/Anregungen zum Haushalt 2018

BIBS-Fraktion

Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

0500

Ref. 0500

Produkt

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2018

Text:

Am 06.12.2017 wird feierlich das zehnjährige Jubiläum des Präventionsnetzwerks und des Beirats Kinderarmut gefeiert. Im Bericht über die Umsetzung des Kommunalen Handlungskonzepts Kinderarmut von Oktober 2017 heißt es, dass sich beide Gremien nach zehn Jahren Arbeit eine Geschäftsordnung gegeben und eine SprecherIn gewählt haben. Zur wirksamen Bekämpfung von Kinderarmut dürfte dies nicht ausreichen. Wir bitten deshalb um Sachstandsbericht:

1. Wie hat sich seit der Gründung der Gremien im Jahre 2007 die Kinderarmut in Braunschweig entwickelt, d.h. wieviel Prozent der Kinder und Jugendlichen in Braunschweig beziehen Leistungen nach dem SGB II (Bitte um Auflistung nach Jahren)?
2. Wieviel Geld stand den beiden Gremien pro Jahr für die Bekämpfung der Kinderarmut in Braunschweig zur Verfügung und welche Maßnahmen konnten damit verwirklicht / umgesetzt werden?
3. Welche im kommunalen Handlungskonzept Kinderarmut erarbeiteten Handlungsempfehlungen erachtet die Verwaltung für am dringlichsten (Bitte um Priorisierung)?

Begründung:

gez. Wolfgang Büchs

Unterschrift

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Antragsteller/in	Teilhaushalt / Org.-Einheit
	50 FB 50
	Produkt

**ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2018
ZUM AUSSCHUSS FÜR SOZIALES UND GESUNDHEIT**

Text:

Welche konkreten Maßnahmen sind von der Verwaltung im Jahr 2018 für Maßnahmen zur Herstellung der Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden geplant?

An welchen öffentlichen Gebäuden sieht die Verwaltung aktuell den größten Handlungsbedarf?

Plant die Verwaltung, im Rahmen von Ansatzveränderungen zum Haushaltsplan 2018 weitere Mittel zur Verbesserung der Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden zur Verfügung zu stellen?

Begründung:

Das strategische Ziel mit der Nummer 4 zum Teilhaushalt des Fachbereichs 50 lautet: „Verbesserung der Teilhabe am öffentlichen Leben durch die weitere Umsetzung von Maßnahmen für die Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden sowie die Ausstattung der Begegnungsstätten“ (S. 584).

Im Entwurf des Haushaltsplans 2018 finden sich allerdings lediglich im Investitionsprogramm des Fachbereichs 40 – Schule Mittel in Höhe von 250.000 € für das Jahr 2018 für Inklusionsmaßnahmen an Schulen. Für die im strategischen Ziel genannten Begegnungsstätten stehen nur geringe Beträge für Instandhaltungsmaßnahmen zur Verfügung (9.000 €).

Darüber hinaus scheint dieses wichtige strategische Ziel sich aktuell nicht im Haushalt niederzuschlagen.

gez. Dr. Elke Flake

Unterschrift

AfD-Fraktion
Stefan Wirtz
Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit	
50	FB 50
Produkt	

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2018

Text:

Für welche Maßnahmen zur "Integration von Geflüchteten" sind ca. 807.000,-EUR vorgesehen?

Begründung:

Auf S.610, in Produkt 1.31.3517.0 sind für 2017 0,- EUR angegeben, für 2018 807.539,- EUR.

Stefan Wirtz

Unterschrift

AfD-Fraktion
Stefan Wirtz
Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit	
50	FB 50
Produkt	

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2018

Text:

Die Ertrags- und Aufwandsrechnung zur "Aufnahme, Betreuung und Integration von Geflüchteten" weist für 2018 ein Defizit von 6 Millionen EUR zu Lasten der Stadt auf. Erstattet werden bei Gesamtkosten von 10,4 Mio EUR nur rund 4,4 Mio EUR. Wie soll die ungleiche Belastung vermindert und das Defizit verringert werden?

Begründung:

Auf S.620, in Zeile 29 sind für 2018 6.009.352,-EUR Belastungen angegeben.

Stefan Wirtz

Unterschrift

AfD-Fraktion
Stefan Wirtz
Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit	
50	FB 50
Produkt	

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2018

Text:

Welcher Personalaufwand entsteht für die Zuteilung der Zuschüsse "Demokratie leben!" (30.000 EUR jährlich) pro Jahr?

Begründung:

Auf S.624, in Maßnahme 5 sind für den Maßnahmezeitraum 2015 -2019 205.000,-EUR Personalkosten angegeben.

Stefan Wirtz

Unterschrift

AfD-Fraktion
Stefan Wirtz
Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit	
50	FB 50
Produkt	

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2018

Text:

Aus welchem Grund steigen die Ausgaben für "Hilfe zur Teilhabe am kulturellen Leben" um ca. 90.000,-EUR? Warum sind "Transferleistungen i.H.v. 740.000,-" enthalten, wohin fließen diese?

Begründung:

Auf S.603, in Produkt 1.31.3113.67 sind für 2017 718 TEUR angegeben, für 2018 806 TEUR, davon 740 TEUR Transferleistungen

Stefan Wirtz

Unterschrift

AfD-Fraktion
Stefan Wirtz
Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit	
50	FB 50
Produkt	

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2018

Text:

Aus welchem Grund sinken die Ausgaben für "Soziale Einrichtungen für Flüchtlinge und Asylbewerber" um ca. 2 Mio EUR? Welche Einrichtungen wurden geschlossen, umgewidmet oder gar nicht erst realisiert?

Begründung:

Auf S.608, in Produkt 1.31.3155.20 sind für 2017 4,65 Mio EUR angegeben, für 2018 2,59 Mio EUR.

Stefan Wirtz

Unterschrift

DIE LINKE.

Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

50

FB 50

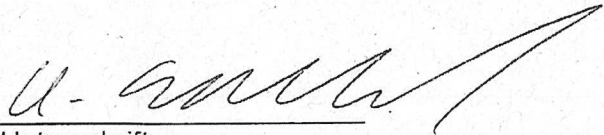
Produkt

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2018

Text:

Die Mittel für kleinere Instandhaltungen in den Flüchtlingsunterkünften wurden von 3.400 Euro auf 0 gesetzt. Warum?

Begründung:



Unterschrift

Udo Sommerfeld
Fraktionsvorsitzender DIE LINKE
im Rat der Stadt Braunschweig

DIE LINKE.

Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

50

FB 50

Produkt

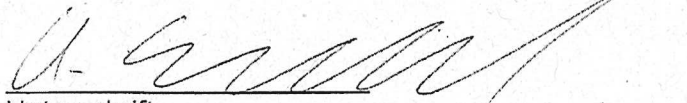
ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2018

Text:

1. Wird mit der Erstellung eines "schlüssigen Konzeptes zur Angemessenheit der KdU" das Ziel verfolgt, die Angemessenheitsgrenze abzusenken?
2. Wenn ja, in welcher Größenordnung?
3. Wie ist der Sachstand zur geplanten Konzepterstellung?

Begründung:

Bereits im Vorbericht zum Haushalt 2017 wurde die Erstellung eines Konzeptes zur Angemessenheit der KdU angekündigt. Nach einer entsprechenden Nachfrage der Linksfraktion wurde dann aber erklärt, dass nicht beabsichtigt sei, ein solches Konzept zu erstellen. Nun findet sich das Konzept wieder im Vorbericht mit dem Hinweis: "sobald dies nach der Weiterentwicklung der Rechtssprechung gerichtsfest möglich erscheint". Daher die Nachfrage.



Unterschrift

Udo Sommerfeld
Fraktionsvorsitzender DIE LINKE
im Rat der Stadt Braunschweig

AfD-Fraktion
Stefan Wirtz
Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit	
51	FB 51
Produkt	

50

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2018

Text:

Aus welchem Grund steigen die Ausgaben für "Leistungen nach AsylBewLG" um ca. 700.000,-EUR? Bei Erstattungen aus der Landeskasse von 4,47 Mio EUR werden durch die Stadt 6,82 Mio EUR an Transferleistungen aufgewendet

Begründung:

Auf S.607, in Produkt 1.31.3130.10 sind für 2017 1,97 Mio EUR angegeben, für 2018 2,67 Mio EUR.

Stefan Wirtz

Unterschrift

Anlage 1.0.2

Finanzunwirksame Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Haushalt 2018

Antrag der SPD-Fraktion - Nr. 042

Teilhaushalt: FB 20
Projekt 3E.210012

Sanierung Gesundheitsamt

Die Verwaltung wird gebeten, einen Stufenplan zur Sanierung des Gesundheitsamtes aufzustellen. Eine Priorisierung der Maßnahmen mit Begründung soll dem Plan beigelegt werden.

Begründung:

Das Gebäude des Gesundheitsamtes entspricht in vielerlei Hinsicht nicht mehr den Ansprüchen der heutigen Zeit und stellt sich im derzeitigen Zustand als nicht mehr passend zu den heutigen Ansprüchen an eine medizinische Versorgung in einer Großstadt dar.

Im Haushaltsplan 2018 stehen erfreulicherweise 300.000 € an Mitteln (Planungskosten) für Vorplanungsleistungen zur Sanierung des Gesundheitsamtes (Projekt 3E.210012 im Investitionsprogramm).

Da für die Sanierung erhebliche Kosten zu erwarten sind, soll ein Stufenplan eine Übersicht über notwendige Maßnahmen geben, um in den nächsten Jahren Schritt für Schritt eine Sanierung anzugehen.

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
AfSG am 05.12.2017					
FPA am 18.01.2018					

Antrag der Fraktion DIE LINKE - Nr. 045

Teilhaushalt: Ref. 0500

Neues strategisches Ziel Ref. 0500 - Sozialreferat

Für das Ref. 0500 - Finanzen wird als neues strategisches Ziel hinzugefügt:
Erstellung eines Sozialatlases im zweijährigen Rhythmus mit möglichst umfangreichen Sozialdaten.

Begründung:

erfolgt mündlich

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
AfSG am 05.12.2017					
FPA am 18.01.2018					

Antrag der SPD-Fraktion - Nr. 046

Teilhaushalt: Ref. 0500

Produkt: 1.31.3119.40

Schulmittelfonds

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zu entwickeln, mit dem die Diskrepanz zwischen den tatsächlichen Schulbedarfskosten einerseits und den im Regelbedarfssatz berücksichtigten Schulbedarfen sowie den Leistungen im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets andererseits begegnet werden kann. Dabei sind insbesondere die in der Vorlage 17-05389 genannten Spitzenbelastungen einzelner Schuljahre (Einschulung, Übergang zur weiterführenden Schule und Medienausstattung/Taschenrechner) zu betrachten. Die entstehenden Kosten sind zu ermitteln.

Begründung:

In der Vorlage 17-05389 hat die Verwaltung ausgeführt, dass die tatsächlichen Schulbedarfskosten zum Teil beträchtlich über der Summe der im Regelbedarfssatz berücksichtigten Schulbedarfe und der Leistungen aus dem BuT-Paket liegen. Und weiter: "Für eine bedarfsgerechte Verteilung dieser Mittel ist die Abstimmung eines entsprechenden Konzeptes mit den dafür zuständigen Institutionen erforderlich. Es müsste ein geregelter Antragsverfahren sowie ein Verteilungsmodus entwickelt werden, der die Erfordernisse bezüglich der unterschiedlichen Schulformen sowie die Spitzenbelastungen einzelner Schuljahre berücksichtigt."

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
AfSG am 05.12.2017					
FPA am 18.01.2018					

Antrag der Fraktion DIE LINKE - Nr. 047

Teilhaushalt: Ref. 0500

Konzept flächendeckende Entwicklungsstandsuntersuchung

Die Verwaltung wird gebeten, ein Konzept zu erstellen, wie die flächendeckende Untersuchung aller Kinder 1 bis 2 Jahre vor der Einschulung in den Kindergärten in Braunschweig umgesetzt werden kann und darzustellen, welche finanzielle und personelle Ausstattung dazu erforderlich ist.

Begründung:

Im Bericht über die Umsetzung des kommunalen Handlungskonzepts Kinderarmut wird unter Punkt 2.5. verdeutlicht, dass die Empfehlung zu einer flächendeckenden Untersuchung zum Entwicklungsstand von Kinder ein bis zwei Jahre vor der Einschulung bislang nicht umgesetzt ist. Es wird auch gesagt, dass die Dringlichkeit dieser Maßnahme gesehen werde.

Weiter heißt es: „Dies erfordert personelle Ressourcen, die entsprechend erweitert werden müssen.“

Ein solches Modell einer flächendeckenden frühen Untersuchung existiert in den Stadt Hil-desheim als Modellprojekt. Dort hat man mit diesem Projekt PiAF (Prävention in aller Frühe) bereits positive Erfahrungen gesammelt.

Angesichts der Tatsache, dass über 25% der Kinder bei der Einschulung Auffälligkeiten in ihrer Entwicklung zeigen, gilt es in präventive Maßnahmen Geld zu investieren, um allen Kindern einen guten Start zu ermöglichen.

Am Projekt beteiligt sind neben einem Team aus Kinderärztin und Arzthelferin, Erzieherin, Psychologin oder Sozialpädagogin, die Eltern sind zur Anwesenheit verpflichtet.

Auch aus rein finanzieller Sicht ist Prävention immer erheblich kostengünstiger als spätere Maßnahmen.

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
AfSG am 05.12.2017					
FPA am 18.01.2018					

Antrag der SPD-Fraktion - Nr. 048

Teilhaushalt: FB 50

Wohnwagenaufstellplatz Madamenweg 94

Die Verwaltung wird gebeten, einen Plan zur Sanierung des städtischen Wohnwagenaufstellplatzes Madamenweg 94 aufzustellen. Dabei sollen die Bedarfe ermittelt und die Möglichkeiten aufgezeigt werden, wie den Ansprüchen, die sich aus der Historie der Braunschweiger Sinti ableiten lassen, entgegengekommen werden kann. Zudem soll die Nutzungsordnung an die veränderten Bedarfe angepasst werden.

Begründung:

Nach einer Ortsbegehung und dem Austausch mit den dort lebenden Sinti sowie einer historischen Einordnung hinsichtlich der Entstehung des Platzes durch die Stadt Braunschweig sollte auf Basis dieser Erkenntnisse sowohl die Nutzungsordnung angepasst als auch den Bedürfnissen der Bewohner/innen angemessen Rechnung getragen werden.

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
AfSG am 05.12.2017					
FPA am 18.01.2018					

Antrag der CDU-Fraktion - Nr. 050

Teilhaushalt: alle
Produkt: diverse

Vorsorgeorientierte Haushaltspolitik durch konsequenten Abbau des strukturellen Defizits

- Zur Beschlussfassung in allen Fachausschüssen -

Die Stadt Braunschweig steht vor großen Herausforderungen deren dauerhafte Finanzierung auch nachhaltig gesichert werden muss. Die Verwaltung erarbeitet daher ein klar beziffertes und terminiertes Konzept zum signifikanten schrittweisen Abbau des strukturellen Haushaltsdefizits bis zum Ende dieser Wahlperiode und legt dieses dem Rat bis zum Ende des 1. Quartals 2018 zur Beschlussfassung vor.

Ziel des Konzeptes soll neben einer stringenten Haushaltskonsolidierung eine konsequente, auf die künftigen Herausforderungen ausgerichtete Verwaltungsmodernisierung sein. Notwendig ist eine konsequente Aufgaben- und Standardkritik unter Einbeziehung des Kernhaushaltes, der Gesellschaften und der Zuschussempfänger.

Begründung:

Die Verwaltung hat bei der Vorlage des Haushaltsplanentwurfes ein strukturelles Defizit alleine für das Jahr 2018 in einer Höhe von 35 Millionen Euro ausgemacht. Demgegenüber stehen in der Planung Einsparungen mit der so genannten Rasenmäher-Methode in einer Höhe von 2,0 Millionen Euro für das kommende Haushaltsjahr. Diese beliefen sich in 2017 auf 1,0 Million Euro und sollen bis 2021 kontinuierlich auf 5,0 Millionen Euro (also jährlich 1,0 Million Euro zusätzlich) anwachsen. Auch wenn dies ein Schritt in die richtige Richtung ist, können die Einsparungen das strukturelle Defizit nicht beseitigen. Und wenn man sich vergegenwärtigt, dass es sich bei den für 2021 veranschlagten 5,0 Millionen Euro nur um rund 0,5 % des Gesamtergebnishaushaltes handeln wird, so muss man feststellen, dass dieser Plan bisher auch nur wenig ambitioniert ist.

Dabei gibt es ein klares Bekenntnis des Rates der Stadt Braunschweig aus dem Juni 2016 zur strukturell soliden Haushaltsplanung, welches mit großer Mehrheit beschlossen wurde.

Die Übersicht der Einnahmen belegt, dass wir uns weiterhin in einer guten konjunkturellen Lage befinden und wir - bei gleichzeitigem Blick auf die Ausgaben - derzeit kein Einnahmesondern ein Ausgabeproblem haben. Dies bedeutet gleichzeitig, dass bei einem konjunkturellen Abschwung - dessen Eintritt sicher ist, lediglich der Zeitpunkt ist unklar - das Defizit noch weiter ansteigt und somit große Einschnitte drohen, die viele Bereiche hart treffen werden. Deshalb muss die jetzige gute konjunkturelle Lage - und damit im vollen Einklang mit dem bereits zitierten Ratsbeschluss aus dem Juni 2016 - genutzt werden, um ein Konzept zu erarbeiten, wie das strukturelle Defizit bis zum Ende der laufenden Ratsperiode signifikant, also mindestens in den einstelligen Millionenbereich, abgebaut werden kann.

Dabei hilft der Blick in andere Kommunen: in der letztjährigen Haushaltsdebatte wurde von Christoph Bratmann auf die Stadt Mannheim verwiesen. Dort gibt es einen Stufenplan zum Abbau des strukturellen Defizits. Hier sollte die Verwaltung ein Vorbild sehen und den Kontakt suchen bzw. mögliche bereits bestehende Verbindungen intensivieren. Im Zentrum der

Überlegungen soll zum einen eine stringente Haushaltskonsolidierung unter Einbindung aller Fachbereiche liegen, um sicherlich vorhandene Einsparpotenziale aufzudecken. Zum anderen erwarten wir eine zielgerichtete Verwaltungsmodernisierung, die eine konsequente Überprüfung der Verwaltungsabläufe ebenso beinhaltet wie auch dringend notwendige Innovationen in den Bereichen Digitalisierung und Smart City.

Weitere wichtige Punkte sind unter anderem die weitere Professionalisierung der bestehenden Strukturen zum Einwerben von Fördermitteln, eine kluge Arbeitsteilung durch den Einsatz externer Partner (bspw. PPP, aber auch eine intensiviertere Vergabe der Planungen für Bebauungspläne) und natürlich eine konsequente und ständige Diskussion zur Aufgabenkritik und zu Standards der Aufgabenerledigung. Orientierung sollen dabei die Kennzahlen und Erfahrungen anderer deutscher Großstädte und - vor allem bei der Digitalisierung - anderer europäischer Länder bieten.

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
FwA am 28.11.2017					
AfKW am 01.12.2017					
WA am 01.12.2017					
AfSG am 05.12.2017					
BA am 05.12.2017					
PIUA am 06.12.2017					
JHA am 07.12.2017					
SpA am 07.12.2017					
SchA am 08.12.2017					
GA am 08.12.2017					
Afl am 11.12.2017					
FPA am 18.01.2018					

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Nr. 051

Teilhaushalt: alle
Produkt: diverse

Nachhaltige Stadtentwicklung und Haushaltspolitik

Die Bemühungen um den effektiven und sparsamen Einsatz von Haushaltsmitteln sollen sich zukünftig enger an den Aufgaben und Zielen der Stadtentwicklung orientieren. Das in den letzten Jahren praktizierte Einsparprogramm zur Verringerung eines angenommenen strukturellen Defizits nach der sog. „Rasenmähermethode“ wird deshalb letztmalig im Jahr 2018 umgesetzt und in den Folgejahren nicht weitergeführt.

Bei der Haushaltsaufstellung und der damit verbundenen Steuerung der Mittelverwendung wird zukünftig verstärkt von wirkungsorientierten inhaltlichen Zielplanungen ausgegangen, die die Grundlagen für die Feststellung des notwendigen und effektiven Ressourceneinsatzes darstellen. Dazu gehört auch die fortlaufende Überprüfung der Zielerreichung in allen wichtigen kommunalen Handlungsfeldern.

In diesem Zusammenhang sind auch Untersuchungen von Organisationsstrukturen und Abläufen innerhalb der Verwaltung ggf. sinnvoll, wenn diese ergebnisoffen durchgeführt und extern begleitet werden. Dabei muss in jedem Einzelfall Aufwand und Nutzen gegeneinander abgewogen werden.

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Rat entsprechende Vorschläge zu machen.

Begründung:

2016 beauftragte der Rat die Stadtverwaltung damit, unter der Überschrift „Gewerbesteuer-glättung“ einen Vorschlag für die zukünftigen Haushaltspläne zu machen, um einem sich abzeichnenden strukturellen Defizit zu begegnen. Daraus ergaben sich im Haushalt 2017 und im Haushaltsentwurf 2018 über alle Fachbereiche hinweg pauschale Einsparungen nach der „Rasenmähermethode“. Diese unreflektierten und nicht an den tatsächlichen Erfordernissen orientierten Einsparungen zeigten zum Teil fatale Auswirkungen, wie u.a. bei der Streichung einer dritten Praxisklasse deutlich wurde. Dauerhaft dürfte sie auf keine Akzeptanz treffen.

Ganz abgesehen davon, dass die vorgeschlagene Höhe der Kürzungen keinesfalls die Unsicherheit der Einnahmeschwankungen und eine Unterfinanzierung in schlechten Zeiten auffangen kann, darf Sparen nicht zum alleinigen Selbstzweck werden.

Wir sehen derzeit keine Ansätze für ein chronisches Defizit, das die Finanzfähigkeit der Stadt im Planungszeitraum gefährdet. Trotzdem müssen bei jeder Entscheidung auch die Fragen nach der Finanzierbarkeit, dem effektiven Einsatz von Geld- und Personalmitteln und einer guten Organisationsstruktur gestellt werden. Dies sollte allerdings immer im Zusammenhang mit den Zielen der künftigen Stadtentwicklung erfolgen.

Reine Einsparvorgaben oder Begrenzungen von Ausgabehöhen ohne als Ausgangspunkt die notwendigen Leistungen für alle Einwohner/innen und die Ziele für die Stadtgesellschaft festzulegen, führen langfristig sogar zu höheren Ausgaben, weil wesentliche Entwicklungen verpasst werden können.

Zusammengefasst sollte gute Haushaltspolitik sich von folgender Frage leiten lassen: Machen wir das Richtige und machen wir es richtig, auch unter dem Gesichtspunkt begrenzter Ressourcen?

Insofern sollte die Ressourcensteuerung in Zukunft auf folgenden Grundsätzen aufbauen:

1. Die ständige Frage nach den zugrundeliegenden Zielen und der Effektivität der Umsetzung (Zielmanagement). Dazu sollten neben dem ISEK für einzelne Bereiche eigene Entwicklungs- und Umsetzungspläne aufgestellt werden, die auch konkret mit Zahlen hinterlegt sind.
2. Die fortlaufende Überprüfung, ob und wie die festgelegten Ziele erreicht wurden.
3. Die Überprüfung von Organisationsstrukturen und –Abläufen mit offenen Ergebnisvorgaben und externer Begleitung.
4. Die Verbesserung der Zusammenarbeit innerhalb der Stadtverwaltung, innerhalb des „Konzerns Stadt“ und mit der Zivilgesellschaft.
5. Ein aussagefähiger Vergleich zwischen Aufwand und Zielerreichung mit anderen Städten, sofern eine inhaltliche Vergleichbarkeit gegeben ist.

Auch das hier vorgeschlagene Verfahren hat sich natürlich an den Grundsätzen einer effektiven und nachhaltigen Mittelverwendung zu orientieren. D.h., dass bei all diesen Punkten stets die Frage nach Aufwand und Nutzen zu prüfen ist und dass jeweils nur die Schritte umgesetzt werden sollen, bei denen Aufwand und Nutzen in einem eindeutig positiven Verhältnis zueinanderstehen.

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
FPA am 18.01.2018					

Haushaltslesung 2018 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2018 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen				
				bisher	neu	2018		2019		2020		2021							
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen						
Teilhaushalt FB 50 - Soziales und Gesundheit																			
18		Transferaufwendungen																	
	1.31.3151.20	Förderung der Altenpflege	SBR 323	Zuschuss für die Nachbarschaftshilfe Nord Der Stadtbezirksrat 323 Wenden-Thune-Harxbüttel beantragt, aufgrund der gestiegenen Personalkosten die Zuschüsse an die Nachbarschaftshilfe Nord e. V. angemessen zu erhöhen.								dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Der Antrag enthielt keine Kostenangabe. Die Verwaltung hat den hier genannten Betrag ermittelt.						
						+	12.300			+	12.300			+	12.300			+	12.300
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 05.12.2017 - Abstimmungsergebnis dafür: dagegen: Enthaltungen:																			
077	1.31.3153.10	Soz. Einr. f. Menschen mit Behind.	AfD	Streichung Zuschuss - Ev.-luth. Kirchenverband Sinn und Zweck dieses Zuschusses an eine der größten Religionsgemeinschaften sind nicht nachvollziehbar.								dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche						
						-	10.500			-	10.500			-	10.500			-	10.500
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 05.12.2017 - Abstimmungsergebnis dafür: dagegen: Enthaltungen:																			
078	1.31.3157.10	Förderung von Frauenprojekten	BIBS	Erhöhung Zuschuss Frauenberatung Die Frauenberatungsstelle ist ein Ort, an dem Frauen mit körperlichen, psychischen, sexuellen und sozialen Gewalterfahrungen feministisch orientierte und professionelle therapeutische Beratung, Unterstützung und Hilfe zur Selbsthilfe finden. Die Beratungsstelle ist fester Bestandteil des Netzes psychosozialer Angebote in Braunschweig. Die Beratungsstelle beantragt nun eine Erhöhung der städtischen Förderung zur Abdeckung der Sach- und Personalkosten.								einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche						
						+	4.200			0				0					0
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 05.12.2017 - Abstimmungsergebnis dafür: dagegen: Enthaltungen:																			
079	1.31.3157.10	Förderung von Frauenprojekten	DIE LINKE.	Anhebung Zuschuss Frauenberatungsstelle Tarifierhöhungen, die Reduzierung der Eigenleistung und gestiegene Mietnebenkosten machen eine Erhöhung des Zuschusses für die Frauenberatungsstelle auf 142.050 Euro notwendig.								dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche						
						+	4.200			+	4.200			+	4.200			+	4.200
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 05.12.2017 - Abstimmungsergebnis dafür: dagegen: Enthaltungen:																			
080	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	BIBS	Erhöhung Zuschuss Stadtteilladen Madamenweg Der Stadtteilladen im Madamenweg ("Stadtteilladen West") betreut Menschen in Wohnungsnotfällen und besonderen sozialen Schwierigkeiten und Menschen mit einer seelischen Behinderung. Darüber hinaus berät der Stadtteilladen seit Jahren EinwohnerInnen des Quartiers in existentiellen Notlagen. Für das Jahr 2018 bittet der Stadtteilladen um eine Erhöhung der städtischen Mittel.								einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche						
						+	1.400			0				0					0
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 05.12.2017 - Abstimmungsergebnis dafür: dagegen: Enthaltungen:																			
	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	SBR 310	Zuschuss Stadtteilladen Madamenweg Der Zuschuss für den Stadtteilladen Madamenweg wird um 1.347 € auf 46.247 € erhöht.								dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche						
						+	1.400			+	1.400			+	1.400			+	1.400
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 05.12.2017 - Abstimmungsergebnis dafür: dagegen: Enthaltungen:																			

Haushaltslesung 2018 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Nr.	Teilhaushalt Zelle Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2018 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen	
				bisher	neu	2018		2019		2020		2021				
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen			
081	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	SPD	Cura e. V. In Niedersachsen gewähren 14 Anlaufstellen für Straffällige unter der Trägerschaft von Wohlfahrtsverbänden und Vereinen vielfältige Eingliederungshilfen für die Zeit nach der Haftentlassung, um den Betroffenen einen Weg in ein straffreies Leben zu ebnen. Das Land Niedersachsen fördert die wichtige Arbeit der freien Träger der Straffälligenhilfe durch Landeszuwendungen. In Braunschweig wird die Anlaufstelle durch den kleinen Verein Cura e.V. getragen. Cura erhält zurzeit vom Land nur eine prozentuale Erstattung der Personalkosten, sodass Cura e. V. das Jahr 2016 mit einem Verlust von 24.000 € abgeschlossen hat. Aktuell wird auf Landesebene eine Förderrichtlinie erarbeitet, die zu einer Verbesserung führen könnte; das Ergebnis bleibt abzuwarten. Für 2018 hat Cura e. V. zudem die Vergütung der Mitarbeiter/innen von TVdD auf TV-L umgestellt, damit im Rahmen des Besserstellungsverbots ab 2019 mit dem Land eine Spitzabrechnung der Personalkosten erfolgen kann. Wann tatsächlich eine Erhöhung der Landesmittel stattfinden wird, ist zurzeit aber noch offen. Die städtische Förderung, die bislang 16.300 € beträgt, soll daher - befristet auf 3 Jahre - um 12.000 € auf 28.300 € erhöht werden. Die städtische Förderung erfolgt dabei nachrangig zu der Landesförderung. Es ist sicherzustellen, dass keine Überfinanzierung von Cura e. V. stattfindet.											für 3 Jahre	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 05.12.2017 - Abstimmungsergebnis dafür:						+ 12.000		+ 12.000		+ 12.000						
dagegen:																
Enthaltungen:																
082	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Cura Braunschweig e.V. Die Straffälligenhilfe des Vereins Cura Braunschweig e.V. leistet bereits seit etlichen Jahrzehnten wichtige Arbeit und konnte die Beratungs- und Hilfeangebote in den letzten Jahren sogar noch ausweiten. U.a. durch Steigerungen bei den Personalkosten, die bislang nicht anderweitig ausgeglichen werden konnten, ist eine Anhebung der Zuschüsse dringend geboten.										einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 05.12.2017 - Abstimmungsergebnis dafür:						+ 12.000		0		0						
dagegen:																
Enthaltungen:																
083	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	BIBS	Erhöhung Zuschuss Cura e.V. Die Anlaufstelle für Straffällige in Braunschweig berät vorwiegend straffällige Personen mit gewöhnlichem Aufenthalt in Braunschweig. Die Schwerpunkte des Beratungsangebots liegen in der Sicherstellung des Lebensunterhalts, Wohnraumbeschaffung, Unterstützung bei der Arbeitssuche, Schuldnerberatung und Geldverwaltung (Verwahrgeldkonto). Für das Jahr 2018 beantragt der Verein die Übernahme der Hälfte des letztjährigen Defizits durch die Stadt.										einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 05.12.2017 - Abstimmungsergebnis dafür:						+ 12.000		0		0						
dagegen:																
Enthaltungen:																
084	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	DIE LINKE.	Anhebung Zuschuss Cura Cura berät und betreut rund 600 straffällig gewordene Menschen in Braunschweig und leistet eine hervorragende Arbeit im präventiven Bereich. Problematisch ist die Förderung des Landes, die einen immer geringeren Teil der Personalkosten vergütet. Dadurch wurde das letzte Jahr mit einem Defizit von 24.000 Euro abgeschlossen. In 2018 sollen 50% dieses Betrages von der Stadt übernommen werden. Es besteht die Hoffnung, dass nachfolgend eine bessere Finanzierung durch das Land erreicht werden kann.										einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 05.12.2017 - Abstimmungsergebnis dafür:						+ 12.000		0		0						
dagegen:																
Enthaltungen:																
151	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	p ²	Anhebung Zuschuss Cura e.V. Verein für Straffälligenbetreuung und Bewährungshilfe Cura e.V. leistet seit vielen Jahren äußerst wichtige Beratungsarbeit für Straffällige sowie ihre Angehörigen. Als Anlaufstelle helfen sie bei der Sicherstellung des Lebensunterhalts, unterstützen bei der Arbeitssuche und der Schuldnerberatung sowie der Wohnraumbeschaffung. Cura e.V. Engagiert sich unter anderem im kommunalen Aufgabenbereich im Bündnis für Wohnen bei der Versorgung sozial Benachteiligter mit Wohnraum. So konnten Wohnraumverluste verhindert und familiäre Bezüge erhalten werden. Um die gesellschaftliche und integrative Arbeit aber im nächsten Jahr sicher zu stellen, wird die 50%-ige Übernahme des letztjährigen Defizits durch die Stadt als Anhebung der Förderung einmalig um 12.000 EUR beantragt.										einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 05.12.2017 - Abstimmungsergebnis dafür:						+ 12.000		0		0						
dagegen:																
Enthaltungen:																
085	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	CDU	Zuschuss an das Netzwerk Nächstenliebe für deren Schuldnerberatung Das Netzwerk Nächstenliebe leistet wichtige Arbeit im Bereich des Westlichen Ringgebietes und in seiner Wirkung weit darüber hinaus. Aufgrund der weggefallenen Förderung durch die Landeskirche muss die offene soziale Schuldnerberatung in diesem Jahr (2017) aus eigenen Mitteln finanziert werden, was dauerhaft nicht leistbar wäre. Ohne den beantragten Zuschuss müsste somit (spätestens) mittelfristig dieses Angebot eingestellt werden.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 05.12.2017 - Abstimmungsergebnis dafür:						+ 15.000		+ 15.000		+ 15.000		+ 15.000				
dagegen:																
Enthaltungen:																

*) Der Betrag wird derzeit ermittelt.

Haushaltslesung 2018 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Nr.	Teilhaushalt Zelle Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2018 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen								
				bisher	neu	2018		2019		2020		2021											
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen										
086	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Stadteilladen Neustadttring Der Förderverein Westliches Ringgebiet Nord e.V. leistet mit dem Stadteilladen Neustadttring seit Jahren wichtige ehrenamtliche Arbeit im Quartier Eichtal. Zur Aufrechterhaltung und Stärkung dieses ehrenamtlichen Engagements sollte dem Förderverein eine moderate Anhebung der Zuschüsse gemäß des Antrags des Vereins gewährt werden.				+	900			+	900			+	900			dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche		
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 05.12.2017 - Abstimmungsergebnis dafür: dagegen: Enthaltungen:																							
087	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	BIBS	Erhöhung Zuschuss Stadteilladen Neustadttring Seit 15 Jahren leistet der Förderverein im Nord-Westlichen Ringgebiet / Eichtal mit seinen Angeboten ehrenamtlich wertvolle Arbeit und ist für viele Stadteilbewohner ein kompetenter Ansprechpartner vor Ort. Zur Aufrechterhaltung dieser Arbeit bittet der Verein um die einmalige Erhöhung der städtischen Förderung.				+	900			0								0	einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 05.12.2017 - Abstimmungsergebnis dafür: dagegen: Enthaltungen:																							
152	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	P ²	Anhebung Zuschuss: Förderverein Westliches Ringgebiet Nord e. V. - Stadteilladen Neustadttring Der Förderverein Westliches Ringgebiet Nord e. V. leistet seit 15 Jahren mit dem Stadteilladen Neustadttring die Arbeit einer Begegnungsstätte. Mit Kooperationspartnern sollen nun – neben den Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsprojekten – Maßnahmen zur Image- bzw. raumbezogenen Identitätsbildung und Kommunikation durchgeführt werden. Auf Grund der vielfältigen, auch strukturellen Probleme wie Sanierungsrückstände, fehlende bedarfsgerechte Wohnungen, Lärm etc. ist es nötig Vernetzungen voranzubringen und Ansprechpartner vor Ort zu sein. Gegründet mit dem Ziel der Förderung und Durchführung von sozialen und kulturellen Angeboten für Kinder und Erwachsene, bietet er mittlerweile Hilfen bei Antragsstellungen, Bewerbungen, Hausaufgaben und vielem mehr an.				+	900			0								0	einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 05.12.2017 - Abstimmungsergebnis dafür: dagegen: Enthaltungen:																							
	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	SBR 310	Zuschuss für den Stadteilladen Westliches Ringgebiet Nord Der Zuschuss für den Stadteilladen Nord im westlichen Ringgebiet wird um 850 € auf 7.650 € erhöht.				+	900			+	900			+	900			+	900	dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 05.12.2017 - Abstimmungsergebnis dafür: dagegen: Enthaltungen:																							
088	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	BIBS	Erhöhung Zuschuss Mütterzentrum e.V. Das Mütterzentrum hat sich zu einem Stadtteilzentrum entwickelt, das aus Braunschweig nicht mehr wegzudenken ist und mit seiner auffangenden und präventiven Arbeit erhebliche Folgekosten verhindert. Das Mütterzentrum bittet nun um eine Erhöhung der städtischen Förderung auf Grund von tariflichen Steigerungen sowie zur Aufstockung der Arbeitszeit für die Geschäftsführung und für die sozialpädagogische Leitung.				+	13.000			0								0	einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Eine weitere Zuschusserhöhung für das Mütterzentrum ist unter der Nr. 109 beantragt.	
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 05.12.2017 - Abstimmungsergebnis dafür: dagegen: Enthaltungen:																							
089	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	DIE LINKE.	Anhebung Zuschuss Mütterzentrum Eine steigende Zahl von Besucherinnen, jeweils 2 zusätzliche Stunden für Geschäftsführung und sozialpädagogische Leitung, sowie eine eingeplante Dynamisierung, machen die Zuschusserhöhung notwendig. Falls es zur allgemeinen Dynamisierung der Zuschüsse kommt (wie von der Linksfraktion beantragt), reduziert sich die Erhöhung auf 10.000 Euro.				+	13.000			+	13.000			+	13.000			+	13.000	dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 05.12.2017 - Abstimmungsergebnis dafür: dagegen: Enthaltungen:																							
	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	SBR 310	Zuschuss für das Mütterzentrum Der Stadtbezirksrat 310 - Westliches Ringgebiet - beantragt, dass dem Mütterzentrum e. V. im Haushaltsjahr 2018 ein Zuschuss von 128.000 € gewährt wird.				+	13.000			0								0	einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 05.12.2017 - Abstimmungsergebnis dafür: dagegen: Enthaltungen:																							

Haushaltslesung 2018 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Nr.	Teilhaushalt Zelle Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2018 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen	
				bisher	neu	2018		2019		2020		2021				
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen			
090	1.31.3517.20	Integration von Migranten	SPD	Nachbarschaftsladen im Heidberg Im Stadtteil Heidberg lebt im Vergleich zu anderen Stadtteilen ein überdurchschnittlich hoher Anteil von älteren Menschen. Bereits im Altenhilfeplan von 2009 wird der Bedarf an einem Treffpunkt festgestellt. Inzwischen haben unterschiedliche Akteure im Heidberg ein Konzept entwickelt und einen Ort avisiert. Die AWO hat im Namen der Akteure einen Antrag auf finanzielle Unterstützung für den Betrieb eines Nachbarschaftsladens im Stadtteil Heidberg für den Haushalt 2018 gestellt.											dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
							+ 80.000		+ 80.000		+ 80.000		+ 80.000			
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 05.12.2017 - Abstimmungsergebnis dafür:						dagegen:		Enthaltungen:								
091	1.31.3517.20	Integration von Migranten	BIBS	Erhöhung Zuschuss Heidberg AKTIV Für den Betrieb eines Nachbarschaftsladens durch das Projekt Heidberg AKTIV werden erhöhte städtische Mittel benötigt. Der Nachbarschaftsladen soll eine zentrale Anlauf- und Informationsstelle für alle BürgerInnen werden. Er soll Treffen von Gruppierungen aus dem Stadtteil ermöglichen, Beratungssprechstunden und Gesprächskreise sowie niederschwellige Bildungsangebote und kleinere kulturelle Veranstaltungen anbieten.											dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
							+ 80.000		+ 80.000		+ 80.000		+ 80.000			
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 05.12.2017 - Abstimmungsergebnis dafür:						dagegen:		Enthaltungen:								
092	1.31.3517.20	Integration von Migranten	DIE LINKE	Anhebung Zuschuss Heidberg Aktiv / Nachbarschaftsladen Heidberg Der Arbeitskreis Heidberg möchte in Zusammenarbeit mit dem AWO Bezirksverband zusätzlich zum bestehenden Projekt "Heidberg Aktiv" einen Nachbarschaftsladen im Heidberg errichten. Ähnliche Einrichtungen gibt es bereits im westlichen Ringgebiet, in der Weststadt und der Nordstadt. Da die Problemlagen im Heidberg vergleichbar sind und der Zusammenhalt der Bevölkerung verbessert wird, soll das Vorhaben von der Stadt entsprechend unterstützt werden.											dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
							+ 80.000		+ 80.000		+ 80.000		+ 80.000			
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 05.12.2017 - Abstimmungsergebnis dafür:						dagegen:		Enthaltungen:								
	1.31.3517.20	Integration von Migranten	SBR 212	Betrieb / Einrichtung eines Nachbarschaftstreffs/Stadteiladens im Heidberg Der Stadtbezirksrat Heidberg-Melverode spricht sich für die Einrichtung eines dringend benötigten Stadteiladens/Nachbarschaftstreff aus. Die Verwaltung wird daher gebeten, zur Einrichtung eines Stadteiladens am Erfurtplatz im Heidberg die erforderlichen Mittel in Höhe von 80.000,00 € im Rahmen eines Zuschusses zur Verfügung zu stellen.											dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
							+ 80.000		+ 80.000		+ 80.000		+ 80.000			
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 05.12.2017 - Abstimmungsergebnis dafür:						dagegen:		Enthaltungen:								

Haushaltslesung 2018 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Nr.	Teilhaushalt Zelle Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2018 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen					
				bisher	neu	2018		2019		2020		2021								
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen							
093	1.31.3517.20	Integration von Migranten	SPD	Refugium Flüchtlingshilfe Um auf das gestiegene mehrsprachige Beratungsvolumen aufgrund der erhöhten Zahl von Asylbewerber/innen und der Zuzüge von Migrant/innen nach Braunschweig reagieren zu können, bedarf es einer finanziellen Erhöhung des Zuschusses an den Verein Flüchtlingshilfe e. V. Die Erhöhung für ein Jahr dient dazu, auf personelle Engpässe bedarfsorientiert zu reagieren. Hiermit sollen die notwendigen personellen Strukturen, die Qualität der Beratung und die netzwerkbasierte Migrationsarbeit sichergestellt werden.				+	20.000		0		0		0	einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche			
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 05.12.2017 - Abstimmungsergebnis dafür: dagegen: Enthaltungen:																				
094	1.31.3517.20	Integration von Migranten	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Refugium Flüchtlingshilfe e.V. Der Verein Refugium Flüchtlingshilfe e.V. konnte überzeugend nachweisen, dass aufgrund steigender Bedarfe eine deutliche Erhöhung des städtischen Zuschusses zur Aufrechterhaltung einer umfassenden und qualifizierten Integrationsarbeit und -beratung zumindest für ein Jahr dringend geboten ist.				+	20.000		0		0		0	einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche			
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 05.12.2017 - Abstimmungsergebnis dafür: dagegen: Enthaltungen:																				
095	1.31.3517.20	Integration von Migranten	AfD	Streichung Zuschuss - Refugium Flüchtlingshilfe Laut Internetseite des Vereins werden drei Fünftel des Betriebes dauerhaft durch Zuschüsse finanziert. Dies übersteigt die dauerhafte Förderwürdigkeit des Projekts.				-	40.500		-	40.500		-	40.500		-	40.500	dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 05.12.2017 - Abstimmungsergebnis dafür: dagegen: Enthaltungen:																				
096	1.31.3517.20	Integration von Migranten	BIBS	Erhöhung Zuschuss Refugium Flüchtlingshilfe Seit über 30 Jahren ist der Flüchtlingshilfe e.V. ein in Braunschweig angesehener und qualifizierter Träger der Migrationsarbeit sowie der Flüchtlingssozialarbeit. Über das Beratungsbüro "Refugium" hat sich der Verein zu einem wichtigen Bestandteil der regionalen Migrations- und Flüchtlingsarbeit entwickelt. Um dem angesichts der steigenden Asylbewerberzahlen und Zuzüge von MigrantInnen nach Braunschweig und dem damit verbundenen enormen Anstieg des Beratungsvolumens gerecht zu werden, ist eine Erhöhung der finanziellen Förderung durch die Stadt nötig.				+	20.000		0		0		0	einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche			
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 05.12.2017 - Abstimmungsergebnis dafür: dagegen: Enthaltungen:																				
097	1.31.3517.20	Integration von Migranten	DIE LINKE.	Erhöhung Zuschuss Refugium Flüchtlingshilfe Aufgrund der Aufnahme von Flüchtlingen durch die Stadt Braunschweig und steigenden Zuzügen von Migranten hat sich der Arbeitsaufwand für das Refugium erheblich erhöht. Dies soll mit einer erhöhten Zuwendung finanziert werden.				+	20.000		+	20.000		+	20.000		+	20.000	dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 05.12.2017 - Abstimmungsergebnis dafür: dagegen: Enthaltungen:																				
098	1.31.3517.20	Integration von Migranten	AfD	Streichung Zuschuss - Förderung der Integration Der Zuschuss ist zu allgemein beschrieben und scheint völlig willkürlich aufgeteilt. In dieser Form nicht genehmigungsfähig.				-	54.000		-	54.000		-	54.000		-	54.000	dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 05.12.2017 - Abstimmungsergebnis dafür: dagegen: Enthaltungen:																				

Haushaltslesung 2018 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2018 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen			
				bisher	neu	2018		2019		2020		2021						
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen					
099	1.31.3517.20	Integration von Migranten	BIBS	Zuschuss Begegnungsstätte Welcome House ART-Kurve Die Initiative ART (Aktiv für Respekt und Toleranz) und der auf Basis der Initiative gegründete Verein TRIVT e.V. (Toleranz, Respekt und Interkulturelle Vielfalt e.V.) betreiben seit Dezember 2015 mit großem Erfolg eine Begegnungsstätte für Geflüchtete und alteingesessene BürgerInnen mit angeschlossener Fahrradwerkstatt. Nach wie vor ist Kralenriede der Stadtteil mit den meisten Geflüchteten, die dort leben und auch im öffentlichen Leben präsent sind. Deshalb sind gerade dort ehrenamtliche Aktivitäten zu unterstützen. Der Verein benötigt zum Betrieb der Begegnungsstätte weiterhin finanzielle Unterstützung durch die Stadt.												für 2 Jahre	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 05.12.2017 - Abstimmungsergebnis dafür:						dagegen:		Enthaltungen:										
100	1.31.3517.20	Integration von Migranten	DIE LINKE	Förderung Begegnungsstätte WELCOME HOUSE ART-Kurve Die Begegnungsstätte leistet sowohl für die Flüchtlinge als auch für alle anderen Bewohnerinnen und Bewohner in Kralenriede eine wichtige Arbeit und soll zukünftig dauerhaft gefördert werden.													dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 05.12.2017 - Abstimmungsergebnis dafür:						dagegen:		Enthaltungen:										
101	1.41.4120.10	Betreuung von psychisch Kranken	BIBS	Erhöhung Zuschuss Lukas-Werk Die Fachambulanz der Lukas-Werk Gesundheitsdienste in Braunschweig erfüllt seit vielen Jahren für die Stadt Braunschweig die Aufgaben in der kommunalen Daseinsvorsorge im Bereich Suchthilfe. Für das Jahr 2018 wird nun um eine Anpassung der städtischen Förderung gebeten.													einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 05.12.2017 - Abstimmungsergebnis dafür:						dagegen:		Enthaltungen:										
102	1.41.4140.50	Gesundheitsförderung	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Braunschweiger AIDS-Hilfe e.V. Die Braunschweiger AIDS-Hilfe hat für ein Projekt zur AIDS-Prävention, das sich insbesondere an Migrant*innen aus Afrika wendet, einen auf drei Jahre befristeten erhöhten Zuschuss (Personal- und Sachkosten) beantragt. Aufgrund der besonderen Problemlagen dieser Gruppe sollte diesem Antrag entsprochen werden.													für 3 Jahre	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 05.12.2017 - Abstimmungsergebnis dafür:						dagegen:		Enthaltungen:										
103	1.41.4140.50	Gesundheitsförderung	BIBS	Erhöhung Zuschuss AIDS-Hilfe e.V. Die Braunschweiger AIDS-Hilfe benötigt eine Erhöhung der städtischen Zuschüsse für das Jahr 2018, um ihre Arbeit in der AIDS-Prävention, Beratung und Unterstützung der Betroffenen und der Förderung von Selbsthilfeaktivitäten sicher zu stellen.													einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 05.12.2017 - Abstimmungsergebnis dafür:						dagegen:		Enthaltungen:										
153	1.41.4140.50	Gesundheitsförderung	P ²	Anhebung Zuschuss: Braunschweiger AIDS-Hilfe e.V. Die Braunschweiger AIDS-Hilfe leistet seit vielen Jahren äußerst wichtige Präventions- und Aufklärungsarbeit - mittlerweile auch für Migranten aus Subsahara. Gerade bei dieser Aufklärungsarbeit sowie der Arbeit gegen Diskriminierung und Ausgrenzung sind verstärkte Aktivitäten notwendig. Um diese Arbeit im nächsten Jahr sicher zu stellen, wird eine Erhöhung der Förderung um 14.600 EUR beantragt.													einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 05.12.2017 - Abstimmungsergebnis dafür:						dagegen:		Enthaltungen:										

Haushaltslesung 2018 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Nr.	Teilhaushalt Zelle Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2018 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen	
				bisher	neu	2018		2019		2020		2021				
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen			
104	diverse		DIE LINKE.	<p>Einführung einer Weihnachtsbeihilfe Nach dem Vorbild der Stadt Burghausen (Bayern) soll für: - Leistungsberechtigte auf Grundsicherung / Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII - Leistungsberechtigte auf Sozialgeld nach dem SGB II (müssten in der Regel Kinder sein) - Heimbewohner, die Taschengeld nach dem SGB XII erhalten - Rentnerinnen und Rentner, die Wohngeld erhalten - Kinder, die Wohngeld erhalten - Berechtigte auf Kinderzuschlag</p> <p>eine Weihnachtsbeihilfe gezahlt werden. Dabei sollen für den Haushaltsvorstand I Alleinstehende 120,00 Euro, für Haushaltsangehörige 90 Euro und für Heimbewohner 80 Euro auf Antrag gezahlt werden. Laut Mitteilung der Verwaltung gabe es ohne Kinderzuschlagsbezieher, aktuell 12.289 mögliche Anspruchsberechtigte. Also pauschal ca. 13.000 Personen. Es wird angenommen, dass ca. 70% einen Antrag stellen werden. Bei den Bezieherinnen und Beziehern von Grundsicherung soll vorab geklärt werden, ob die Weihnachtsbeihilfe auf den Regelsatz angerechnet wird.</p> <p><u>Zur Begründung</u> Formal sollen mit Einführung des SGB XII alle früheren Leistungen des BSHG mit einer pauschalen Erhöhung des Regelsatzes abgegolten sein. Also auch die frühere Weihnachtsbeihilfe. Die Realität stellt sich aber so dar, dass frühere Leistungen wie die Weihnachtsbeihilfe gar nicht oder bestenfalls in Form von Centbeträgen pauschaliert angerechnet wurden. Mit einer Weihnachtsbeihilfe im eigentlichen Sinne hat dies nicht zu tun.</p> <p>Klar ist, dass das Weihnachtsfest teuer ist und insbesondere Kinder aus ärmeren Familien nur zu häufig von diesem Fest ausgeschlossen sind. Zugegebenermaßen werden im starken Umfang bundespolitische Probleme mit diesem Antrag thematisiert. Doch das sollte uns nicht daran hindern, der Stadt Burghausen zu folgen und auch der ärmeren Bevölkerung ein schönes Weihnachtsfest zu ermöglichen.</p>											dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
						+ 900.000		+ 900.000		+ 900.000		+ 900.000				
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 05.12.2017 - Abstimmungsergebnis dafür:				dagegen:				Enthaltungen:								

*) Der Betrag wird derzeit ermittelt.

Haushaltslesung 2018 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Nr.	Teilhaushalt Zelle Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2018 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				bisher	neu	2018		2019		2020		2021			
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
Diverse Teilhaushalte															
diverse						0	+ 2.619.500	0	+ 4.259.100	0	+ 5.804.300	0	+ 7.510.700		
105	diverse, hier FB 50		BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ausweitung der Dynamisierung im Sozialbereich Die Dynamisierung der Zuschüsse im Sozialbereich wird ab dem Jahre 2018 auf die Nachbarschaftshilfen und die Sozialstationen ausgeweitet. Die Verwaltung stellt die dazu erforderlichen Mittel in den Haushalt 2018 ein und schreibt sie für die Folgejahre fort. Die Dynamisierung im Sozialbereich gilt bislang ausdrücklich nicht für die Träger bzw. Einrichtung, die Zuschüsse aufgrund anderer vertraglicher Vereinbarungen erhalten. Dazu gehören insbesondere die Nachbarschaftshilfen und die Sozialstationen, deren Zuschüsse zum Teil seit 2014 nicht mehr angepasst wurden. Steigerungen insbesondere bei den Personalkosten führen dazu, dass die Träger dieser Einrichtungen mittlerweile zurecht über eine Deckungslücke klagen, die ohne eine Anpassung der Zuschüsse nicht mehr geschlossen werden kann.				dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche						
						+ 13.000		+ 26.200		+ 39.600		+ 53.300			
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 05.12.2017 - Abstimmungsergebnis dafür: dagegen: Enthaltungen:															
076	1.31.3151.20	Förderung der Altenpflege	BIBS	Erhöhung Zuschuss Nachbarschaftshilfe Da für die Nachbarschaftshilfen das Budget in den letzten Jahren nicht angepasst wurde und natürlich auch hier für die MitarbeiterInnen in den Nachbarschaftshilfen die tariflichen Steigerungen umgesetzt werden, sollte auch in diesem Bereich die Dynamisierung zum Tragen kommen.				dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche						
						+ 13.000		+ 26.200		+ 39.600		+ 53.300			
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 05.12.2017 - Abstimmungsergebnis dafür: dagegen: Enthaltungen:															
120	Diverse		SPD	Jährliche Anpassung (Dynamisierung) der institutionellen Zuschüsse im Sozial-, Jugend- und Kulturbereich ab Haushaltsjahr 2018 1. Die Zuschüsse der institutionell geförderten Einrichtungen im Sozial-, Jugend- und Kulturbereich, deren Kostensteigerung nicht durch anderweitige Vereinbarungen geregelt sind, werden ab dem Haushaltsjahr 2018 gemäß der allgemeinen Kostenentwicklungen im Personal- und Sachkostenbereich erhöht (dynamisiert). 2. Die Projektförderungen mit einer langen Laufzeit oder ohne zeitliche Begrenzung werden der institutionellen Förderung gleichgesetzt und in die Dynamisierung einbezogen. 3. Die Dynamisierung erfolgt unter Zugrundelegung der letztgültigen prozentualen Steigerung des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst im Bereich der Vereinigung der Kommunalen Arbeitgeberverbände (TVöD-VKA) für das kommende Haushaltsjahr. 4. Die Anhebung erfolgt auf Grundlage der zur Erstellung des Haushaltsentwurfs letztbekannten Ist-Zahlen und Vorgabewerte. Etwaige bis zur Haushaltslesung bekanntwerdende, neuere Tarifabschlüsse bleiben unberücksichtigt. 5. Es werden die Veröffentlichungen des Kommunalen Arbeitgeberverbandes Niedersachsen zur tariflichen Steigerung im TVöD für die Dynamisierung der Zuwendungen zugrunde gelegt. 6. Die Verwaltung wird beauftragt, mit den Wohlfahrtsverbänden und ggf. weiteren Trägern der Nachbarschaftshilfen ein Verfahren zu erarbeiten, das dazu führt, dass auch die Nachbarschaftshilfen im selben Sinne wie die unter Nr. 1 genannten Einrichtungen in die Dynamisierung aufgenommen werden können. Eine entsprechende Dynamisierung soll bereits ab dem Haushaltsjahr 2018 erfolgen. 7. Die notwendigen Mittel sind in den Haushaltsplan 2018 und in die mittelfristige Finanzplanung einzustellen.				dauerh.	diverse Anmerkung der Verwaltung: Über die bisherige Förderung hinaus sollen auch Nachbarschaftshilfen mit einbezogen werden. Insoweit ergeben sich höhere finanzielle Auswirkungen als bei den Anträgen der Nummern 121 und 122.						
						+ 164.800		+ 333.500		+ 506.200		+ 682.900			
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 05.12.2017 - Abstimmungsergebnis dafür: dagegen: Enthaltungen:															
121	Diverse		BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Jährliche Anpassung (Dynamisierung) der institutionellen Zuschüsse im Sozial-, Jugend- und Kulturbereich ab Haushaltsjahr 2018 Die Dynamisierung der institutionellen Zuschüsse im Sozial-, Jugend- und Kulturbereich wird ab dem Haushaltsjahr 2018 fortgesetzt. Zur Ermittlung der jährlichen Steigerungen wird das von der Verwaltung in der Mitteilung 17-05615 vorgeschlagene Verfahren angewendet. Die zusätzlichen Mittel in Höhe von ca. 150.000 € werden von der Verwaltung in den Haushaltsplan 2018 eingestellt und sind für die Folgejahre fortzuschreiben. Aufgrund der angespannten Haushaltslage wurden die Beschlüsse zur Dynamisierung der institutionellen Zuschüsse im Sozial-, Jugend- und Kulturbereich zunächst ausgesetzt. Im Zuge der Beratungen des Haushalts 2017 wurde der Beschluss gefasst, die Dynamisierung zunächst für ein Jahr weiter zu führen. Um den betroffenen Zuschussempfängern mehr Planungssicherheit zu geben, ist es geboten, die Dynamisierung der Zuschüsse jetzt ohne zeitliche Begrenzung weiterzuführen. Das bisher durchgeführte Verfahren zur Ermittlung der jährlichen Steigerungsrate galt als umständlich und wenig praktikabel. Das von der Verwaltung in der Mitteilung 17-05615 vorgeschlagene neue Verfahren stellt demgegenüber eine deutlich Vereinfachung dar und sollte in Zukunft so zum Tragen kommen.				dauerh.	diverse Anmerkung der Verwaltung: Mit den Anträgen der Nummern 105 und 115 soll zusätzlich ein Einbeziehen der Nachbarschaftshilfen und der Familienzentren erfolgen.						
						+ 151.800		+ 307.200		+ 466.200		+ 629.000			
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 05.12.2017 - Abstimmungsergebnis dafür: dagegen: Enthaltungen:															

*) Der Betrag wird derzeit ermittelt.

Haushaltslesung 2018 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirke

Nr.	Teilhaushalt Zelle Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2018 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen			
				bisher	neu	2018		2019		2020		2021						
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen					
122	Diverse		BIBS	Zuschüsse für institutionell geförderte Einrichtungen im Sozial-, Jugend- und Kulturbereich / Wiedereinsetzung der Dynamisierung 1. Die 2014 beschlossene und 2016 ausgesetzte Dynamisierung der Zuschüsse für institutionell geförderte Einrichtungen im Sozial-, Jugend- und Kulturbereich (Erhöhung zur Abdeckung der allgemeinen Kostensteigerungen im Personal- und Sachkostenbereich), für 2017 pauschal um 3 % erhöht, wird für 2018 wieder eingesetzt. 2. Zur Vereinfachung des Verfahrens werden die entsprechenden Zuschüsse im Jahr 2018 und den Folgejahren pauschal um 2,35% erhöht. 3. Einrichtungen im Kultur-, Jugend- und Sozialbereich, die aktuell eine projektbezogene Förderung erhalten, erhalten die so beschlossene Zuschussdynamisierung ebenfalls. Der Rat hatte im letzten Jahr beschlossen, für mögliche Folgejahre im Verlauf des Jahres 2017 gemeinsam mit den Wohlfahrtsverbänden und exemplarischen Vertretern ein neues Berechnungsverfahren zu erarbeiten, das von einer einheitlichen Pauschalierung für alle betroffenen Zuschussempfänger oder zumindest einzelne Fallgruppen ausgeht. Das Ergebnis sieht vor, eine Anpassung lediglich im Bereich des FB 50 und FB 51 in Höhe von 2,35% vorzunehmen. Die Anpassung sollte aber in allen Bereichen erfolgen.													dauerh.	diverse
							+ 151.800		+ 307.200		+ 466.200		+ 629.000					
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 05.12.2017 - Abstimmungsergebnis																		
				dafür:				dagegen:				Enthaltungen:						
123	Diverse		DIE LINKE.	Zuschussdynamisierung Sozial-, Jugend- und Kulturbereich In einem Schreiben der Arbeitsgemeinschaft Braunschweiger Wohlfahrtsverbände (AGW) vom 16.10.2017. heißt es, dass die Verwaltung dem Rat eine fortlaufende Dynamisierung der Zuschüsse vorschlagen wird. Entgegengesetzt dazu heißt es in der Mitteilung 17-05615 der Verwaltung, dass für eine Dynamisierung der Zuschüsse in 2018 zusätzlich 151.800 Euro erforderlich sind. Danach wäre eine Dynamisierung im Verwaltungsentwurf nicht enthalten. Daher der Antrag, der auch eine Dynamisierung bei den Nachbarschaftshilfen berücksichtigt.												dauerh.	diverse	
							+ 164.800		+ 333.500		+ 506.200		+ 682.900				Anmerkung der Verwaltung: Über die bisherige Förderung hinaus sollen auch Nachbarschaftshilfen mit einbezogen werden. Insoweit ergeben sich höhere finanzielle Auswirkungen als bei den Anträgen der Nummern 121 und 122.	
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 05.12.2017 - Abstimmungsergebnis																		
				dafür:				dagegen:				Enthaltungen:						
124	diverse		DIE LINKE.	Rasenmäherkürzungen beenden Die geplanten Kürzungen nach dem Rasenmäherprinzip werden beendet. Dies gilt sowohl für die von der Verwaltung vorgeschlagenen pauschalen Kürzungen, die bis 2021 auf 5 Mio. Euro pro Jahr anwachsen sollen, als auch für die pauschalen Kürzungen aufgrund des beschlossenen CDU-Antrages aus 2017. Das Haushaltsrecht ist eines der höchsten Rechte der Kommunalpolitik. Die Selbstaufgabe dieses Rechtes muss zukünftig vermieden werden. Wenn Kürzungen unausweichlich sind, dann soll der Rat konkret in jedem einzelnen Fall entscheiden.												dauerh.	diverse	
							+ 1.960.300		+ 2.925.300		+ 3.780.300		+ 4.780.300					

Haushaltslesung 2018 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Nr.	Teilhaushalt Zelle Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2018 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				bisher	neu	2018		2019		2020		2021			
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		

Anträge zum Stellenplan

Diverse															
---------	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Teilhaushalt Fachbereich 50 - Soziales und Gesundheit

137	1.41.4140.60	Heimaufsicht	CDU	<p>Stärkung der Heimaufsicht Zur Stärkung der Heimaufsicht wird ein zusätzlicher Dienstposten A11 bei der Stelle 50.40 geschaffen.</p> <p>Die Heimaufsicht ist für eine Vielzahl von Aufgaben verantwortlich:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Überwachung der gesetzlichen Auflagen - Beseitigung von Mängeln durch Anordnung - Qualität der Betreuung und der Pflege - Beratungsauftrag für Bewohner, Angehörige sowie Mitarbeiter und Träger - Bildung von Arbeitsgruppen mit Kassen, Verbänden, dem Medizinischen Dienst und vielen weiteren mehr - fachliche Weiterentwicklung der Alten- und Behindertenhilfe <p>Die Anzahl der Heimbewohner und deren Angehöriger steigt stetig, so dass eine Stärkung der Rolle der Heimaufsicht notwendig ist.</p>								dauerh.	diverse		
							*)		*)			*)		*)	

Ausschuss für Soziales und Gesundheit 05.12.2017 - Abstimmungsergebnis dafür: dagegen: Enthaltungen:

138	1.41.4140.60	Heimaufsicht	BIBS	<p>Stärkung der Heimaufsicht Im Bereich der Heimaufsicht wird eine halbe zusätzliche Stelle geschaffen.</p> <p>Die Stadt Braunschweig als Heimaufsichtsbehörde überwacht gegenwärtig 40 Heime. Dabei handelt es sich um 31 Pflegeheime mit 3.149 Plätzen, 6 Tagespflegeeinrichtungen mit 78 Plätzen, eine Kurzzeitpflegeeinrichtung mit 15 Plätzen und zwei Altenwohnheime mit 454 Apartments. Die personelle Besetzung in diesem Bereich mit nur einer Person ist zu wenig, um den Aufsichtspflichten ausreichend nachkommen zu können.</p>								dauerh.	diverse		
							*)		*)			*)		*)	

Ausschuss für Soziales und Gesundheit 05.12.2017 - Abstimmungsergebnis dafür: dagegen: Enthaltungen:

*) Der Betrag wird derzeit ermittelt.

Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	2021 in €	Restbedarf ab 2022 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 20 - Finanzen											
Projekte die durch den FB 65 umgesetzt werden											
Teilhaushalt 20 - Finanzen											
Sonstige Maßnahmen											
Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)											
17											
151	4S.210034	FB 20:Global Instand. Allgem. Grundverm.	BIBS								
			bisher	4.801.300	3.721.300	270.000	270.000	270.000	270.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 90.000 € für die Installation von zehn Trink- und Schmutzwasseranschlüssen (inkl. Instandsetzung der vorhandenen Dusch- /WC-Container) und Ergänzung um je eine Dusche für Damen und Herren für die Unterkünfte /Wohnwagen am Madamenweg 94 Anmerkung der Verwaltung: Die Fachverwaltung sieht eine Ertüchtigung der vorhandenen sanitären Anlagen vor und hat dafür 26.400 EUR in den Haushalt 2018 aufgenommen (siehe Ansatzveränderungen der Verwaltung). Sollte dem Antrag der Verwaltung zugestimmt werden, wäre dieser Antrag hinfällig.
			neu	4.891.300	3.721.300	360.000	270.000	270.000	270.000	0	
			Veränderung	90.000		90.000	0	0	0	0	
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 05.12.2017 - Abstimmungsergebnis											
161	4S.210034	FB 20:Global Instand. Allgem. Grundverm.	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN								
			bisher	4.801.300	3.721.300	270.000	270.000	270.000	270.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 90.000 € für die Installation von zehn Trink- und Schmutzwasseranschlüssen (inkl. Instandsetzung der vorhandenen Dusch- /WC-Container) und Ergänzung um je eine Dusche für Damen und Herren für die Unterkünfte /Wohnwagen am Madamenweg 94 Anmerkung der Verwaltung: Die Fachverwaltung sieht eine Ertüchtigung der vorhandenen sanitären Anlagen vor und hat dafür 26.400 EUR in den Haushalt 2018 aufgenommen (siehe Ansatzveränderungen der Verwaltung). Sollte dem Antrag der Verwaltung zugestimmt werden, wäre dieser Antrag hinfällig.
			neu	4.891.300	3.721.300	360.000	270.000	270.000	270.000	0	
			Veränderung	90.000		90.000	0	0	0	0	
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 05.12.2017 - Abstimmungsergebnis											

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Haushaltslesung 2018 - Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Planansatz 2018 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
			bisher	neu	2018		2019		2020		2021			
					Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
	diverse				- 1.438.400	- 3.284.300	0	- 700.000	0	- 700.000	0	- 700.000		
1	diverse	Sozialetat	Beim Sozialhilfeeat gem. SGB XII zeichnet sich anhand des aktuellen Verlaufs saldiert ein Minderbedarf gegenüber den Annahmen zum Zeitpunkt der Entwurfsaufstellung ab.										einmalig	diverse
					- 1.499.000	- 1.999.000	0	0	0	0	0	0	0	
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 05.12.2017 - Abstimmungsergebnis dafür: dagegen: Enthaltungen:														
2	diverse	Sozialetat	Aus der Flüchtlingsthematik zeichnet sich anhand des aktuellen Verlaufs saldiert ein Mehrbedarf gegenüber den Annahmen zum Zeitpunkt der Entwurfsaufstellung ab.										einmalig	diverse
					- 440.000	+ 900.000	0	0	0	0	0	0	0	
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 05.12.2017 - Abstimmungsergebnis dafür: dagegen: Enthaltungen:														
3	1.31.3121.10.01	Kosten der Unterkunft und Heizung	Beim Sozialhilfeeat gem. SGB II zeichnet sich anhand des aktuellen Verlaufs saldiert ein Minderbedarf gegenüber den Annahmen zum Zeitpunkt der Entwurfsaufstellung ab.										einmalig	diverse
					+ 500.600	- 1.485.300	0	0	0	0	0	0	0	
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 05.12.2017 - Abstimmungsergebnis dafür: dagegen: Enthaltungen:														
32	1.31.3130.10	Leist. n. d. Asylbewerberleist.gesetz	Bei der Aufstellung des Haushaltsentwurfs wurde aus verfahrenstechnischen Gründen das Ziel der Einplanung von 18.000 € je geflüchteter Person verfehlt. Dadurch wurden die Aufwendungen um 700.000 € zu hoch veranschlagt.										dauerh.	diverse
					- 700.000		0	- 700.000	0	- 700.000	0	- 700.000		
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 05.12.2017 - Abstimmungsergebnis dafür: dagegen: Enthaltungen:														
2		Zuwendungen und allgemeine Umlagen	23.056.400		+ 149.500	0	+ 149.500	0	+ 149.500	0	+ 149.500	0		
33	1.31.3517.20	Integration von Migranten	Für Sprachförderung erhält die Stadt Braunschweig Fördermittel vom Land. Die Volkshochschule (VHS) führt die entsprechenden Kurse durch und erhält hierfür Zuschüsse von der Stadt Braunschweig. (s. auch lfd. Nr. 46)										dauerh.	314110 Zuweisungen vom Land
					+ 136.500		+ 136.500		+ 136.500		+ 136.500			
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 05.12.2017 - Abstimmungsergebnis dafür: dagegen: Enthaltungen:														
34	1.41.4140.50.03	Gesundheitsregion	Für den Zeitraum 01.01.2015 - 31.12.2016 sowie 01.07.2017 - 31.12.2017 wurden der Stadt Braunschweig Zuwendungsmittel vom Land für das Projekt "Gesundheitsregion" bewilligt. Auch für 2018 ist die Weiterführung dieser Projektförderung vom Land vorgesehen. (Entsprechende Aufwendungen siehe auch lfd. Nrn. 36 und 40)										dauerh.	314110 Zuweisungen vom Land
					+ 13.000		+ 13.000		+ 13.000		+ 13.000			
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 05.12.2017 - Abstimmungsergebnis dafür: dagegen: Enthaltungen:														

Haushaltslesung 2018 - Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Planansatz 2018 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
			bisher	neu	2018		2019		2020		2021			
					Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
	7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	95.473.400		+ 2.000	0	+ 2.000	0	+ 2.000	0	+ 2.000	0		
35	1.41.4140.20.02	Ordnungsbehördliche Bestattungen	Es ergibt sich eine Erhöhung der Bestatterkosten um 4% ab 01.11.2017 aufgrund vertraglicher Vereinbarungen. Ein Teil der Mehraufwendungen (siehe auch lfd. Nr. 39) wird durch die hier genannten Mehrerträge gedeckt.										dauerh.	348810 Erstattung von übrigen Bereichen
					+ 2.000		+ 2.000		+ 2.000		+ 2.000			
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 05.12.2017 - Abstimmungsergebnis			dafür:		dagegen:		Enthaltungen:							
	13	Personalaufwendungen	22.774.504		0	+ 26.400	0	+ 26.400	0	+ 26.400	0	+ 26.400		
36	1.41.4140.50.03	Gesundheitsregion	Für den Zeitraum 01.01.2015 - 31.12.2016 sowie 01.07.2017 - 31.12.2017 wurden der Stadt Braunschweig Zuwendungsmittel vom Land für das Projekt "Gesundheitsregion" bewilligt. Auch für 2018 ist die Weiterführung dieser Projektförderung vom Land vorgesehen. Die hierfür erforderliche Aufstockung einer E12-Stelle um 4 Stunden wird refinanziert. (Entsprechende Erträge siehe auch lfd. Nr. 34)										dauerh.	diverse
					+ 8.400		+ 8.400		+ 8.400		+ 8.400			
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 05.12.2017 - Abstimmungsergebnis			dafür:		dagegen:		Enthaltungen:							
	15	Aufwendungen von Sach- und Dienstleistungen	1.389.900		0	+ 18.000	0	+ 18.000	0	+ 18.000	0	+ 18.000		
37	1.31.3154.10	Unterbringung	Grundreinigung Unterkünfte In jüngster Vergangenheit häufen sich „Vermüllungen“ in einzelnen Zimmern städtischer Wohnungslosenunterkünfte aufgrund von entsprechenden Krankheitsbildern der/des Bewohners/in. Im Rahmen des Seuchenschutzes müssen die Zimmer dann im Rahmen der Ersatzvornahme gereinigt werden. Die geschätzt pro Jahr benötigten 10.500 € können nicht im Budget aufgefangen werden. (s. auch lfd Nr. 43)										dauerh.	424100 Unterbringung/Reinigung
					+ 6.200		+ 6.200		+ 6.200		+ 6.200			
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 05.12.2017 - Abstimmungsergebnis			dafür:		dagegen:		Enthaltungen:							
38	1.31.3517.20	Integration von Migranten	Für das Projekt ELKO kann bei den Sachaufwendungen der Eigenanteil gesenkt werden, weil er durch verstärkten Personaleinsatz abgedeckt ist.										dauerh.	427140 Veranstaltungen
					- 800		- 800		- 800		- 800			
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 05.12.2017 - Abstimmungsergebnis			dafür:		dagegen:		Enthaltungen:							
39	1.41.4140.20.02	Ordnungsbehördliche Bestattungen	Es ergibt sich eine Erhöhung der Bestatterkosten um 4% ab 01.11.2017 aufgrund vertraglicher Vereinbarungen. Ein Teil der Mehraufwendungen wird durch Mehrerträge gedeckt. (siehe auch lfd. Nr. 35)										dauerh.	427110 Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen
					+ 8.000		+ 8.000		+ 8.000		+ 8.000			
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 05.12.2017 - Abstimmungsergebnis			dafür:		dagegen:		Enthaltungen:							
40	1.41.4140.50.03	Gesundheitsregion	Für den Zeitraum 01.01.2015 - 31.12.2016 sowie 01.07.2017 - 31.12.2017 wurden der Stadt Braunschweig Zuwendungsmittel vom Land für das Projekt "Gesundheitsregion" bewilligt. Auch für 2018 ist die Weiterführung dieser Projektförderung vom Land vorgesehen. (Entsprechende Erträge siehe auch lfd. Nr. 34)										dauerh.	427190 Sonstige Sachaufwendungen
					+ 4.600		+ 4.600		+ 4.600		+ 4.600			
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 05.12.2017 - Abstimmungsergebnis			dafür:		dagegen:		Enthaltungen:							

Haushaltslesung 2018 - Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Planansatz 2018 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
			bisher	neu	2018		2019		2020		2021			
					Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
	19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	71.979.100		0	+ 169.400	0	+ 166.400	0	+ 166.400	0	+ 166.400		
41	500-9817	Gebäude Naumburgstr. 25	Der Keller des Dienstgebäudes Naumburgstraße 25 wurde beim Hochwasser im Juli 2017 überschwemmt. Die dort bisher vorhandenen Holzregale und darin gelagerten Akten wurden durchnässt und schnell folgend von Schimmel befallen. Sie müssen demontiert und entsorgt werden. Aufgrund der Auftragsdichte kann dies erst 2018 geschehen.										einmalig	445521 E. an GebMan.-sonst. Servicelei. (PK+SK)
					+ 3.000		0		0			0		
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 05.12.2017 - Abstimmungsergebnis					dafür:		dagegen:		Enthaltungen:					
42	1.12.1222.70	Obdachlosen- angelegenheiten	Für die gesamtstädtisch gewünschte und befürwortete Fortsetzung des seit August 2016 laufenden Projektes „streetwork“, das aufgrund der Problematik von lagernden Menschen unter den Rathauskolonnaden initiiert wurde, werden 25.600 € benötigt, die 2018 nicht mehr im Budget des Teilhaushalts des FB 50 aufzufangen sind.										dauerh.	445810 Obdachlosenangelegenheiten/ Erstattung an übrige Bereiche
					+ 25.600		+ 25.600		+ 25.600		+ 25.600			
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 05.12.2017 - Abstimmungsergebnis					dafür:		dagegen:		Enthaltungen:					
43	1.31.3154.10	Unterbringung	Grundreinigung Unterkünfte In jüngster Vergangenheit häufen sich „Vermüllungen“ in einzelnen Zimmern städtischer Wohnungslosenunterkünfte aufgrund von entsprechenden Krankheitsbildern der/des Bewohner/in. Im Rahmen des Seuchenschutzes müssen die Zimmer dann im Rahmen der Ersatzvornahme gereinigt werden. Die geschätzt pro Jahr benötigten 10.500 € können nicht im Budget aufgefangen werden. (s. auch lfd Nr. 37)										dauerh.	445713 Unterbringung/ Erstatt.priv.Untern.- Deponien+off.Muld.
					+ 4.300		+ 4.300		+ 4.300		+ 4.300			
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 05.12.2017 - Abstimmungsergebnis					dafür:		dagegen:		Enthaltungen:					
44	1.31.3517.20	Integration von Migranten	Für Sprachförderung erhält die Stadt Braunschweig Fördermittel vom Land. Die Volkshochschule (VHS) führt die entsprechenden Kurse durch und erhält hierfür Zuschüsse von der Stadt Braunschweig. (s. auch lfd Nr. 33)										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
					+ 136.500		+ 136.500		+ 136.500		+ 136.500			
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 05.12.2017 - Abstimmungsergebnis					dafür:		dagegen:		Enthaltungen:					

Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	2021 in €	Restbedarf ab 2022 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 20 - Finanzen											
Planungsaufträge											
17 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)											
2	3E.210012	Gesundheitsamt / Planung Sanierung		bisher 300.000 neu 300.000 Veränderung 0	0 0	300.000 0 -300.000	0 300.000 300.000	0 0 0	0 0 0	0 0 0	Verschieben der Finanzrate für die Planung der Sanierung des Gesundheitsamtes von 2018 auf 2019
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 05.12.2017 - Abstimmungsergebnis dafür: dagegen: Enthaltungen:											
Projekte, die durch den FB 65 umgesetzt werden											
Teilhaushalt 20 - Finanzen											
sonstige Instandhaltungsmaßnahmen "Allgemeines Grundvermögen"											
17 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)											
27	4S.210034	FB 20: Global-Instandhaltungen Grundvermögen		bisher 4.801.300 neu 4.827.700 Veränderung 26.400	3.721.300 3.721.300	270.000 296.400 26.400	270.000 270.000 0	270.000 270.000 0	270.000 270.000 0	0 0 0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Instandsetzung der WC/Duschanlage der Duschcontainer auf dem Madamenweg in Höhe von 26.400 EUR für 2018 Es liegt ein ähnlich lautender Antrag der BIBS-Fraktion vor.
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 05.12.2017 - Abstimmungsergebnis dafür: dagegen: Enthaltungen:											

Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	2021 in €	Restbedarf ab 2022 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 61 - Stadtplanung und Umweltschutz											
Sanierungsgebiete											
Campus Donauviertel - Sanierung des Gebäudes Kulturpunkt West (inkl. Beschäftigung eines Integrationsmanagers /-in)											
Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)											
10				1.764.000		0	84.000	1.169.000	511.000	0	
45 a	4S.61NEU	Campus Donauviertel / Investitionspakt									
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Erträge aus dem Förderprojekt "Investitionspakt Soziale Integration" für die Sanierung des Kulturpunktes West in Höhe von 2,268 Mio. EUR (Gesamtausgaben: 2,625 Mio. EUR; Gesamteinnahmen: 2,268 Mio. EUR) Die Deckung soll aus dem Projekt "Sanierungsgebiet Weststadt (Donauviertel)" erfolgen
			neu	2.268.000	0	0	108.000	1.503.000	657.000	0	
			Veränderung	2.268.000	0	0	108.000	1.503.000	657.000	0	
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 05.12.2017 - Abstimmungsergebnis dafür: dagegen: Enthaltungen:											
45 b	4S.610039	Weststadt - San.gebiet Soziale Stadt									
			bisher	6.840.000	840.000	940.000	940.000	940.000	940.000	2.240.000	Reduzierung der Haushaltsmittel für Maßnahmen des Sanierungsgebietes Weststadt (Donauviertel) zur Finanzierung des Förderprojektes "Donauviertel"
			neu	6.336.000	840.000	940.000	916.000	606.000	794.000	2.240.000	
			Veränderung	-504.000	0	0	-24.000	-334.000	-146.000	0	
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 05.12.2017 - Abstimmungsergebnis dafür: dagegen: Enthaltungen:											
Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)											
17				1.764.000		0	84.000	1.169.000	511.000	0	
45 c	4S.61NEU	Campus Donauviertel / Investitionspakt									
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Aufwendungen für das Förderprojekt "Investitionspakt Soziale Integration" für die Sanierung des Kulturpunktes West in Höhe von 2,625 Mio. EUR (inkl. NFK-Mittel in Höhe von 105.000 EUR) - Gesamtausgaben: 2,625 Mio. EUR; Gesamteinnahmen: 2,268 Mio. EUR Die Deckung soll aus dem Projekt "Sanierungsgebiet Weststadt (Donauviertel)" erfolgen
			neu	2.625.000	0	0	125.000	1.740.000	760.000	0	
			Veränderung	2.625.000	0	0	125.000	1.740.000	760.000	0	
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 05.12.2017 - Abstimmungsergebnis dafür: dagegen: Enthaltungen:											
45 d	4S.610039	Weststadt - San.gebiet Soziale Stadt									
			bisher	11.774.773	1.574.773	1.560.000	1.560.000	1.560.000	1.560.000	3.960.000	Reduzierung der Haushaltsmittel für Maßnahmen des Sanierungsgebietes Weststadt (Donauviertel) zur Finanzierung des Förderprojektes "Donauviertel"
			neu	10.913.773	1.574.773	1.560.000	1.519.000	989.000	1.311.000	3.960.000	
			Veränderung	-861.000	0	0	-41.000	-571.000	-249.000	0	
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 05.12.2017 - Abstimmungsergebnis dafür: dagegen: Enthaltungen:											

Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	2021 in €	Restbedarf ab 2022 in €	Bemerkungen
Campus Donauviertel - Neubau KTK-Gebäude Weiße Rose (inkl. Beschäftigung eines Integrationsmanagers /-in)											
	10	Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		136.500		45.500	45.500	45.500	0	0	
46 a	4S.61NEU	Campus Donauviertel / Investitionspakt		bisher 0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Erträge aus dem Förderprojekt "Investitionspakt Soziale Integration" für den Neubau KTK Weiße Rose in Höhe von 2,187 Mio. EUR (Gesamtausgaben: 2,525 Mio. EUR; Gesamteinnahmen: 2,187 Mio. EUR) Die Deckung soll aus dem Projekt "Sanierungsgebiet Weststadt (Donauviertel)" erfolgen
				neu 175.500	0	58.500	58.500	58.500	0	0	
				Veränderung 175.500		58.500	58.500	58.500	0	0	
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 05.12.2017 - Abstimmungsergebnis dafür: dagegen: Enthaltungen:											
46 b	4S.610039	Weststadt - San.gebiet Soziale Stadt		bisher 6.840.000	840.000	940.000	940.000	940.000	940.000	2.240.000	Reduzierung der Haushaltsmittel für Maßnahmen des Sanierungsgebietes Weststadt (Donauviertel) zur Finanzierung des Förderprojektes "Donauviertel"
				neu 6.801.000	840.000	927.000	927.000	927.000	940.000	2.240.000	
				Veränderung -39.000		-13.000	-13.000	-13.000	0	0	
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 05.12.2017 - Abstimmungsergebnis dafür: dagegen: Enthaltungen:											
	17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		136.500		45.500	45.500	45.500	0	0	
46 c	4S.61NEU	Campus Donauviertel / Investitionspakt		bisher 0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Ausgaben für das Förderprojekt "Investitionspakt Soziale Integration" für den Neubau KTK Weiße Rose in Höhe von 2,525 Mio. EUR (inkl. NFK-Mittel in Höhe von 95.000 EUR) -Gesamtausgaben: 2,525 Mio. EUR; Gesamteinnahmen: 2,187 Mio. EUR die Deckung soll aus dem Projekt "Sanierungsgebiet Weststadt (Donauviertel)" erfolgen
				neu 290.000	0	75.000	115.000	100.000	0	0	
				Veränderung 290.000		75.000	115.000	100.000	0	0	
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 05.12.2017 - Abstimmungsergebnis dafür: dagegen: Enthaltungen:											
46 d	4S.610039	Weststadt - San.gebiet Soziale Stadt		bisher 11.774.773	1.574.773	1.560.000	1.560.000	1.560.000	1.560.000	3.960.000	Reduzierung der Haushaltsmittel für Maßnahmen des Sanierungsgebietes Weststadt (Donauviertel) zur Finanzierung des Förderprojektes "Donauviertel"
				neu 11.621.273	1.574.773	1.530.500	1.490.500	1.505.500	1.560.000	3.960.000	
				Veränderung -153.500		-29.500	-69.500	-54.500	0	0	
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 05.12.2017 - Abstimmungsergebnis dafür: dagegen: Enthaltungen:											

Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	2021 in €	Restbedarf ab 2022 in €	Bemerkungen
19		Zuwendungen für Investitionstätigkeit (Veränderungen)		1.564.500		157.500	910.000	497.000	0	0	
46 e	4S.61NEU	Campus Donauviertel / Investitionspakt	bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Einzahlungen aus Zuwendungen für das Förderprojekt "Investitionspakt Soziale Integration" für den Neubau KTK Weiße Rose in Höhe von 2,187 Mio. EUR (Gesamtausgaben: 2,525 Mio. EUR; Gesamteinnahmen: 2,187 Mio. EUR)
		neu	2.011.500	0	202.500	1.170.000	639.000	0	0	0	
		Veränderung	2.011.500		202.500	1.170.000	639.000	0	0	0	
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 05.12.2017 - Abstimmungsergebnis			dafür:								Enthaltungen:
46 f	4S.610039	Weststadt - San.gebiet Soziale Stadt	bisher	3.860.000	560.000	560.000	560.000	560.000	560.000	1.060.000	Reduzierung der Haushaltsmittel für Maßnahmen des Sanierungsgebietes Weststadt (Donauviertel) zur Finanzierung des Förderprojektes "Donauviertel"
		neu	3.413.000	560.000	515.000	300.000	418.000	560.000	1.060.000	1.060.000	
		Veränderung	-447.000		-45.000	-260.000	-142.000	0	0	0	
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 05.12.2017 - Abstimmungsergebnis			dafür:								Enthaltungen:
26		Baumaßnahmen (Veränderungen)		1.564.500		157.500	910.000	497.000	0	0	
46 g	4S.61NEU	Campus Donauviertel / Investitionspakt	bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Ausgaben für das Förderprojekt "Investitionspakt Soziale Integration" für den Neubau KTK Weiße Rose in Höhe von 2,525 Mio. EUR (inkl. NFK-Mittel in Höhe von 95.000 EUR) -Gesamtausgaben: 2,525 Mio. EUR; Gesamteinnahmen: 2,187 Mio. EUR Die Deckung soll aus dem Projekt "Sanierungsgebiet Weststadt (Donauviertel)" erfolgen
		neu	2.235.000	0	225.000	1.300.000	710.000	0	0	0	
		Veränderung	2.235.000		225.000	1.300.000	710.000	0	0	0	
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 05.12.2017 - Abstimmungsergebnis			dafür:								Enthaltungen:
46 h	4S.610039	Weststadt - San.gebiet Soziale Stadt	bisher	5.790.000	840.000	840.000	840.000	840.000	840.000	1.590.000	Reduzierung der Haushaltsmittel für Maßnahmen des Sanierungsgebietes Weststadt (Donauviertel) zur Finanzierung des Förderprojektes "Donauviertel"
		neu	5.119.500	840.000	772.500	450.000	627.000	840.000	1.590.000	1.590.000	
		Veränderung	-670.500		-67.500	-390.000	-213.000	0	0	0	
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 05.12.2017 - Abstimmungsergebnis			dafür:								Enthaltungen:

Zuschüsse FB 50

TH	Produkt	Empfänger, Bestimmung	Ergebnis 2016 - € -	Ansatz 2017 - € -	Ansatz 2018 - € -
50	1.31.3151.20	Begegnungsstätte "In den Rosenäckern"	169.990,83	173.500	177.200
50	1.31.3151.20	Nachbarschaftshilfe "In den Rosenäckern"	47.267,31	48.600	49.300
50	1.31.3151.20	Seniorenkreise	35.095,43	40.000	40.000
50	1.31.3151.20	Lange Aktiv Bleiben (LAB)	14.200,00	14.200	14.200
50	1.31.3151.20	Begegnungsstätte Am Wasserturm	51.200,00	51.200	51.200
50	1.31.3151.20	Gerontopsych. Weiterbildg.	0,00	1.500	1.500
50	1.31.3151.20	Begegnungsstätten Böcklerstr./ Ottenroder Str. -Personalkosten-	39.500,00	40.500	40.500
50	1.31.3151.20	Begegnungsstätte Bebelhof	7.500,00	7.500	7.500
50	1.31.3151.20	Pflegende Angehörige/Wohngr.	143.200,00	147.500	147.500
50	1.31.3151.20	Seniorenrat	5.300,00	5.300	5.300
50	1.31.3151.20	Freizeit- und Hobbygruppen für Senioren	3.360,00	5.500	5.500
50	1.31.3151.20	Nachbarschaftshilfe	545.000,01	545.000	545.000

TH	Produkt	Empfänger, Bestimmung	Ergebnis 2016 - € -	Ansatz 2017 - € -	Ansatz 2018 - € -
50	1.31.3151.20	Integrationsgarten für Senioren	17.500,00	17.500	35.000
50	1.31.3151.20	AntiRost e.V.	5.000,00	5.000	5.000
50	1.31.3151.20	ambet Grasplatz	32.361,00	32.600	32.600
50	1.31.3152.30	Sozialstationen	125.900,00	129.700	129.700
50	1.31.3153.10	Behindertenbeirat	14.800,00	13.000	13.000
50	1.31.3153.10	Allgemeiner Gehörlosenverein	6.900,00	7.100	7.100
50	1.31.3153.10	Begegnungsstätte der Diakonie	6.100,00	6.300	6.300
50	1.31.3153.10	Verein für psychomotorische Entwicklungsförderung	4.800,00	4.900	4.900
50	1.31.3153.10	auris - Stadt- und Regionalverband	16.100,00	16.600	16.600
50	1.31.3153.10	Ev.- luth. Kirchenverband	10.200,00	10.500	10.500
50	1.31.3153.10	Evangelische Stiftung Neuerkerode, FED (Familienentlastender Dienst)	2.400,00	2.400	2.400
50	1.31.3153.10	KöKi - Verein z. Förd. körperbehinderter Kinder	25.600,00	26.400	26.400
50	1.31.3153.10	Maßnahmen für Behinderte (Lebenshilfe/DMSG-Kontaktgruppe)	1.400,00	1.400	1.400
50	1.31.3156.10	AWO-Fahrradstation	50.871,66	51.400	51.900
50	1.31.3157.10	Frauenhaus	183.000,00	188.500	188.500

TH	Produkt	Empfänger, Bestimmung	Ergebnis 2016 - € -	Ansatz 2017 - € -	Ansatz 2018 - € -
50	1.31.3157.10	Frauenberatungsstelle	133.900,00	137.900	137.900
50	1.31.3157.10	Frauen- und Mädchenberatung	125.400,00	239.400	239.400
50	1.31.3430.10	Institut f. pers. Hilfen	47.236,00	48.000	48.500
50	1.31.3517.10	Wohlfahrtsverbände - Arbeiterwohlfahrt	62.300,00	64.200	64.200
50	1.31.3517.10	Wohlfahrtsverbände - Caritasverband	62.300,00	64.200	64.200
50	1.31.3517.10	Wohlfahrtsverbände - Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband	62.300,00	64.200	64.200
50	1.31.3517.10	Wohlfahrtsverbände - Diakonisches Werk	30.400,00	31.300	31.300
50	1.31.3517.10	Wohlfahrtsverbände - DRK	30.900,00	32.900	32.900
50	1.31.3517.10	Wohlfahrtseinrichtungen - KIBIS-Selbsthilfegruppenförderung	3.500,00	3.600	3.600
50	1.31.3517.10	Wohlfahrtseinrichtungen - KIBIS-Kontaktstelle	17.000,00	17.500	17.500
50	1.31.3517.10	Diakonische Gesellschaft Wohnen und Beraten - Tagestreff IGLU	71.896,00	85.800	85.800
50	1.31.3517.10	Diakonische Gesellschaft Wohnen und Beraten - Stadteilladen Madamenweg	43.600,00	44.900	44.900
50	1.31.3517.10	Diakonietreff Madamenhof	47.600,00	49.000	49.000
50	1.31.3517.10	Förderverein Westliches Ringgebiet Nord e. V. - Stadteilladen Neustadtring	8.000,00	6.800	6.800
50	1.31.3517.10	Diakonische Gesellschaft Wohnen und Beraten - Treuhandkontenführung	12.000,00	12.000	12.000

TH	Produkt	Empfänger, Bestimmung	Ergebnis 2016 - € -	Ansatz 2017 - € -	Ansatz 2018 - € -
50	1.31.3517.10	Cura e. V.	15.800,00	16.300	16.300
50	1.31.3517.10	DRK-Schuldnerberatung	206.780,00	212.980	212.980
50	1.31.3517.10	DRK-Wohnberatung	58.000,00	59.700	59.700
50	1.31.3517.10	Bahnhofsmission	16.120,00	16.620	16.620
50	1.31.3517.10	Pro Siegfried	3.600,00	3.700	3.700
50	1.31.3517.10	Mütterzentrum e. V./ Mehrgenerationenhaus Braunschweig e. V.	90.000,00	115.000	115.000
50	1.31.3517.10	Verbraucherzentrale	120.000,00	123.000	123.000
50	1.31.3517.10	Beratungsstelle für mobile Beschäftigte Braunschweig	20.000,00	0 *	20.000
		*) Bei Antragstellung für 2017 wird der Betrag aus dem Budget des FB 50 finanziert, 2018 ist er veranschlagt.)	
50 *)	1.31.3517.20 (bis 2016: 1.31.3119.40)	Förderung der Integration	46.071,60	54.000	54.000
		davon: Begegnungsstätte der Griechen			10.438
		davon: Begegnungsstätte der Spanier und Portugiesen			6.300
50 *)	1.31.3517.20 (bis 2016: 1.31.3119.40)	Refugium Flüchtlingshilfe	40.500,00	40.500	40.500

TH	Produkt	Empfänger, Bestimmung	Ergebnis 2016 - € -	Ansatz 2017 - € -	Ansatz 2018 - € -
50 *)	1.31.3517.20 (bis 2016: 1.31.3119.40)	Haus der Kulturen	130.000,00	130.000	130.000
50 *)	1.31.3517.20 (bis 2016: 1.31.3119.40)	Nähwerk statt Flickwerk	35.000,00	38.000	38.000
50 *)	1.31.3517.20 (bis 2016: 1.31.3119.40)	Heidberg AKTIV	35.000,00	35.000	35.000
50 *)	1.31.3517.20 (bis 2016: 1.31.3119.40)	Projekt Demokratie leben!	28.199,91	30.000	35.000
		*) Die für diese Zuschüsse zuständige Fachabteilung wurde zum 01.04.2016 vom Ref. 0500 in den FB 50 überführt.			
50	1.31.3517.20	Begegnungsstätte Welcome House ART-Kurve	0,00	18.000	0
50	1.41.4120.10	Einrichtungen für Suchtkranke davon Guttempler davon Freundeskreis davon Lukas-Werk	57.800,00 5.400,00 2.400,00 50.000,00	58.100 5.600 2.500 50.000	58.100 5.600 2.500 50.000
50	1.41.4140.50	Blinden- und Sehbehindertenverband	1.100,00	1.100	1.100
50	1.41.4120.10	Drogenberatungsstelle	295.100,00	304.000	304.000
50	1.41.4120.10	Psychosoziale Hilfen	2.350,00	2.500	2.500
50	1.41.4140.50	Dt. Multiple Sklerose-Gesellschaft	6.600,00	6.800	6.800
50	1.41.4140.50	Aids-Hilfe e. V.	82.300,00	84.800	84.800
50	1.41.4140.50	Pro Familia	99.700,00	102.700	102.700
50	1.41.4140.50	Pro Familia Projekt Teens plus Babies	10.000,00	10.200	10.200
50	1.41.4140.50	Verein für sexuelle Emanzipation e. V.	19.300,00	54.300	54.300
50	1.41.4120.10	Der Weg e. V.	206.800,00	213.000	213.000
50	1.41.4140.50	Krebsnachsorge e. V.	121.200,00	124.900	124.900